

Erklärung zur Haushaltssatzung der Stadt Ansbach für das Jahr 2015

Ansbach, 08. Dezember 2014

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren,

das Ergebnis der Haushaltsdebatte ist kurz umschrieben: Der Verwaltungsentwurf blieb nahezu unverändert. Noch nie setzten sich weniger Änderungsanträge durch. Zum ersten Mal verzichtete eine Fraktion gänzlich auf Haushaltsanträge. Eine Handschrift des Stadtrats ist infolge der gegenseitigen Blockade kaum zu erkennen.

Sehr geehrter Herr Schwarzbeck, Sie haben Ihre Eröffnungsrede zu den Haushaltsberatungen am 20. November mit „die fetten Jahre sind vorbei“ überschrieben. Die Lage sei schlecht, man könne nichts verteilen und überhaupt: was bleibe sei, auf bessere Zeiten zu hoffen.

Sie mögen aus Verwaltungssicht das Recht auf eine solche Argumentationslinie haben. Eine mutige Politik allerdings darf den Willen und die Fähigkeit, auch in der Krise Chancen zu ergreifen und zu handeln, nicht verlieren oder frei nach Willy Brandt: Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.

Das ist unserem Gremium, liebe Kolleginnen und Kollegen, am 20. November nicht gelungen. Wie das Kaninchen vor der Schlange harren wir, dass etwa die immer weiter explodierenden Kosten bei der Jugendhilfe irgendwann von selbst wieder sinken.

Die Erkenntnis, dass aktive Sozialpolitik hilft, hohe Folgekosten zu vermeiden, ist bei der Mehrheit dieses Hauses noch nicht durchgedrungen. Dabei wäre es Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik, dem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegenzusteuern. Trotz annähernder Vollbeschäftigung leben in Ansbach soviel Kinder wie noch nie unter SGB-II-Bezug: 814 oder 26 Prozent der Unter-15-jährigen.

Was es für die Entwicklung von Kindern bedeutet, nicht ins Aquella, ins Kino, nicht in die Musikschule oder in Sportvereine gehen zu können, können wir zwar erahnen. Ein echtes Bildungs- und Teilhabepaket für unsere Stadt haben wir jedoch nicht auf den Weg bringen können. Die 5.600 Euro für die Pro-Jugendkarte wirken angesichts der annähernd tausendfach höheren Ausgaben für Heimunterbringung und Co mehr als lächerlich.

Wir haben 2014 die Erstwohnsitzkampagne ausweiten können; 2015 soll ein Neubürgerpaket geschnürt werden. Das ist gut so. Leider vergessen wir zu oft diejenigen Ansbacher

NeubürgerInnen, die vor Krieg und Hungersnot zu uns flüchten. Wir sollten künftig Integration als Chance für unsere Stadt begreifen anstatt die Betreuung der Flüchtlinge allein auf dem Rücken des Ehrenamts abzuladen. An dieser Stelle sei allen AnsbacherInnen, die sich für die Neuankömmlinge teils aufopferungsvoll engagieren, herzlich gedankt. Sie jetzt jedoch im Regen stehen zu lassen, ist umso mehr unverantwortlich. Daher hat meine Fraktion den Stellenplan aus gutem Grund abgelehnt.

Wenig Verantwortung für morgen zeigt auch eine Politik, die einen Investitionsstau vor sich her schiebt und gleichzeitig neue Schulden aufnimmt. Einer Fremdkapitalfinanzierung für sich langfristig amortisierende Zukunftsprojekte wie dem sozialen Wohnungsbau oder der Rückgewinnung der Stadtwerke in Bürgerhand stehen wir nicht um im Lichte der derzeitigen Niedrig- oder besser gesagt Nullzinsphase durchaus offen gegenüber.

Dennoch besitzt Ansbach eine strukturelle Schwäche auf der Einnahmeseite. Gute Bildung und Infrastruktur kommt nicht zuletzt den Unternehmen zu gute. Daher ist angesichts der Investitions Herausforderungen der kommenden Jahre eine moderate Anpassung des seit 23 Jahren unverändert niedrigen Gewerbesteuerhebesatzes –und das wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen- ebenso notwendig wie verschmerzbar. Es bleibt zu hoffen, dass künftig der Erkenntnis auch der Mut folgt und das Rezitieren des FDP-Parteiprogramms als Gegenargument seitens CSU und Grünen der Vergangenheit angehören wird.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Verwaltungshaushalt umfasst neben steigenden Pflichtleistungen im Epl 4 auch freiwillige Leistungen. Die mit Abstand größten Beträge entfallen hierbei auf das Klinikum und das Theater. Die Offene Linke hat als einzige Fraktion den bedingungslosen Blankoscheck für ANregio med über eine Million Euro abgelehnt.

Wir wollen für mehr Verteilungsgerechtigkeit im Kulturbereich sorgen. Dort erhält das Theater inzwischen eine exakt fünffach höhere Förderung als alle anderen Kulturvereine zusammen genommen. Diese extreme Spreizung können die BürgerInnen immer weniger nachvollziehen. Das hervorragende ehrenamtliche Engagement der Kulturschaffenden verdient künftig eine größere finanzielle Würdigung, damit der kreative Reichtum unserer Stadt weiter gemehrt werden kann.

Wie in den vergangenen Haushalten befinden sich auch 2015 wieder unrealistische Einnahmeerwartungen. Diesmal jedoch im Vermögenshaushalt. Die gesunkenen Investitionsmittel sollen zum Teil mit dem Verkauf der Weinbergschule gedeckt werden. Dieses Thema ohne Vorberatung plötzlich im Haushalt auf das Tapet zu bringen, zeugt nicht von politischem Fingerspitzengefühl. Wir erwarten von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, dass in den kommenden Monaten Alternativen zur Privatisierung eingehend geprüft und ergebnisoffen diskutiert werden. Es ist eigentlich nicht zu glauben, dass gerade Sie nach den Erfahrungen mit PPP in den vergangenen Jahren dieses Modell favorisieren. Daher bin ich optimistisch, dass uns gemeinsam eine Sanierung im Besitz der Stadt gelingen kann. Denn schon Bertolt Brecht wusste, dass wer A sagt nicht B sagen muss. Er kann stattdessen erkennen, dass A, hier also der Haushaltsansatz über 300.000 Euro, falsch war.

Dass Privatisierung in Ansbach noch nie eine gute Idee war, zeigen die Schattenhaushalte von Stadtwerke, Bäder- und Verkehrsgesellschaft sowie AWEAN immer wieder aufs Neue. Für den Vorteil, öffentliche Schulden vor neugierigen Blicken verstecken zu können, wurden intransparente Konstrukte geschaffen, die eine Preisexplosion nach der anderen fabrizieren. Für die nächste Abwärtsspirale durch den neuerlichen Tarifsprung im ÖPNV ab kommender Woche können sich die Bürger bei den Preiserhöhungsparteien CSU, SPD und FW herzlich bedanken.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das Stückwerk bei der Sozialpolitik, die ängstliche Fiskalpolitik, das Verschern städtischen Eigentums sind sachliche Gründe, den Haushalt abzulehnen.

Persönliche Befindlichkeiten von Wahlverlierern und Wehwehchen aus OB-Stellvertreterkriegen, die die Bevölkerung ohnehin als überflüssige Sandkastenspiele belächelt, können und dürfen keinen Beweggrund für eine Ablehnung der Haushaltssatzung darstellen. Dies wäre unverantwortlich gegenüber unserer Stadt und widerspräche unserem Amtseid.

Sachliche Gründe, den Haushalt in großen Teilen mitzutragen, sind sicherlich die erstmals seit der Verschern der städtischen Wohnungen eingestellten Planungsmittel für den sozialen Wohnungsbau; darüber hinaus jedoch in erster Linie die Grausamkeiten, die abgewendet werden konnten, darunter die von der SPD beantragte Zusammenstreichung des Sozialtickets, die von der CSU beantragte Streichung von Investitionen in Schulen und für den Sprungturm im Freibad, die von der SPD beantragte Privatisierung des Rathauses oder der von der BAP beantragte Verkauf des Retti-Palais.

Unabhängig davon, ob das Gesamtwerk heute eine Mehrheit findet: Keine Alternative bieten die von der SPD vorgeschlagenen nicht-öffentlichen Haushaltsberatungen. Diese Forderung erinnert eher an den Konstrukteur des absolutistischen Staates, Kardinal Richelieu, der über den Haushalt vor knapp 400 Jahren sagte: „Der Etat als Nerv des Staates muss den profanen Augen der Untertanen entzogen werden.“ Wir jedenfalls wollen nicht in diese vordemokratische Denkweise zurückfallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Blockademehrheiten des 20. November sind auch Ausfluss einer im Zuge des unwürdigen Postenschachers nach den Wahlen unterbliebenen Sondierungen der politischen Kräfte über gemeinsame Zukunftsprojekte. Dies kulminierte in der geradezu surrealen Abstimmung zu den Kindergartengebühren: Während die SPD den Vorschlag von Offener Linken und BAP für die generelle Gebührenfreiheit ablehnte, stimmte die BAP aus unerfindlichen Gründen gegen den Spontanantrag der SPD, eine Senkung der Gebühren um zumindest rund 15 Prozent vorzunehmen.

Klar ist daher: Dieser Stadtrat braucht eine neue Gestaltungsmehrheit. Und zwar jenseits einer CSU, die krampfhaft versucht, mittels Geschäftsordnungs- und Kürzungsanträgen den Gestaltungsmöglichkeiten unseres Gremiums den Garaus zu machen.

Die Zeitenwende von Erfurt hat bewiesen, dass Reformkoalitionen links der Mitte auch bei knappsten Mehrheiten durch starke Inhalte ein gemeinsames Haus bauen können.

Unser Ziel ist es, die deutliche sozial-ökologische Mehrheit in Ansbach in gemeinsame Projekte zu gießen. Hierzu machen wir Ihnen ein konkretes inhaltliches Angebot:

1. Lassen Sie uns gemeinsam den Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau forcieren. So wirken wir den steigenden Mieten entgegen und sparen der Stadt bei den Kosten der Unterkunft langfristig Geld.
2. Lassen Sie uns gemeinsam ein Bildungs- und Teilhabepaket schnüren, das seinen Namen verdient. Durch aktive Sozialpolitik schaffen und sichern wir den Zugang aller Bürger, gerade der Kinder, zu schulischen, sportlichen und kulturellen Angeboten
3. Lassen Sie die Wahrung unserer Umwelt und Natur in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Erste gemeinsame Projekte könnten hierfür eine Ansbacher Baumschutzverordnung und die Festsetzung eines gesunden Verhältnisses zwischen neuen und innovativen Arbeitsplätzen auf der einen sowie Versiegelung von Flächen

beim Verkauf von Gewerbegrundstücken auf der anderen Seite sein. Lassen Sie uns zudem regionale Wirtschaftskreisläufe gezielt und konsequent fördern.

4. Lassen Sie uns die Entwicklung von Nutzungskonzepten für die Zeit der zivilen Umnutzung der militärischen Liegenschaften jetzt anpacken.
5. Lassen Sie uns Bürgerbefragungen und –entscheide für zentrale Zukunftsfragen bewusst herbeiführen. Dies kann für die Weinbergschule ebenso gelten wie auch für die Rückgewinnung der Stadtwerke.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem ich jetzt im siebten Jahr das Vergnügen des Schlussworts der Haushaltsberatungen habe, möchte ich Sie abschließend ermuntern, mehr Mut für Ansbach zu wagen. Denn wer zu Veränderungen nicht bereit ist, der wird auch das verlieren, was er bewahren will.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen für 2015 gute Inspiration für unsere Stadt, frei nach dem Motto: Wenn wir schon kein Geld haben, brauchen wir wenigstens gute Ideen!“

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- ◀ Boris-André Meyer ◀ Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach ◀ Kontakt: Tel. 0981/2059988 ◀ mobil 0160/93104199
mail boris.meyer@offene-linke-ansbach.de ◀ web www.offene-linke-ansbach.de